

Nationalrat: Alkoholförderung statt Prävention

Medienmitteilung 3. Juni 2015

Heute hat der Nationalrat zum zweiten Mal die Totalrevision des Alkoholgesetzes beraten. Mit mehr als ernüchternden Resultaten: Mit ihrem «Nein» zum Nachtverkaufsverbot für alkoholische Getränke und ihrer Zustimmung zu einer enormen Steuererleichterung für Schweizer Spirituosenhersteller entschied sich die grosse Kammer für die Förderung des Alkoholkonsums und gegen die Prävention. Die Suchtfachorganisationen sind erschüttert.

Mit 102 zu 84 Stimmen folgte das Plenum des Nationalrats der vorberatenden Kommission und verabschiedete eine Steuererleichterung von sagenhaften 30% sowohl für die Hersteller von Spirituosen als auch für die Lieferanten der Rohstoffe, aus denen diese gebrannt werden (Korn, Obst usw.). Von diesem Steuerprivileg sollen nicht nur die kleinen, sondern – über einen kleinen Kniff – auch die grossen Schweizer Brennereien sowie die kleinen ausländischen Hersteller (Produktion bis 1'000l reiner Alkohol) profitieren. Diese massiven Steuerermässigungen werden zu einer Senkung der ohnehin schon vergleichsweise tiefen Spirituosenpreise in der Schweiz und damit unweigerlich zu einer Zunahme des Konsums harter Alkoholika führen. Doch der Nationalrat hat sich an der heutigen Debatte nicht nur für die Förderung der einheimischen Schnapsproduktion stark gemacht: Er hat sich darüber hinaus mit 123 zu 52 Stimmen erneut gegen das Nachtverkaufsverbot ausgesprochen und es damit einmal mehr verpasst, über eine zeitliche Einschränkung der Erhältlichkeit von Alkohol eine nachweislich wirksame Präventionsmassnahme im Gesetz zu verankern. Die Kombination von diesen beiden Entscheidungen ist eine Ohrfeige für die Prävention.

Die Debatte im Rat wurde dabei dominiert vom schwierigen Stand der einheimischen Spirituosenproduzenten gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten und der scheinbaren Notwendigkeit, diesem Problem mit Hilfe protektionistischer Massnahmen Abhilfe zu verschaffen. Die Anliegen der Prävention indes wurden bestenfalls am Rande erwähnt. Und das, obwohl das neue Alkoholgesetz gemäss Zweckartikel eigentlich zum Ziel hat, den übermässigen Alkoholkonsum einzudämmen und insbesondere die Jugend zu schützen.

Die Suchtfachorganisationen zeigen sich angesichts dieser Ignoranz des Nationalrats gegenüber den Problemen, zu denen der Alkoholkonsum – nicht zuletzt verursacht durch die einfache Zugänglichkeit und die niedrigen Preise – führt, erschüttert. Sie rufen nun die Ständerätinnen und Ständeräte dazu auf, mehr Weitsicht und Sachverstand walten zu lassen, den Kantonen – als deren Vertreterinnen und Vertreter in Bern – wirksame Instrumente zur Bekämpfung der alkoholbezogenen Probleme in die Hand zu geben und deren Präventionsbemühungen nicht mit absurden Steuersenkungen auf hochprozentigem Alkohol zu unterlaufen.

Kontakt

Petra Baumberger, Fachverband Sucht, Generalsekretärin, 079 384 66 83, baumberger@fachverbandsucht.ch
Jean-Félix Savary, Secrétaire Général GREA, 079 345 73 19, jf.savary@grea.ch